

2.5.69  
-Abschrift!

## GEGEN POLIZEIEINSATZ: Selbstorganisation

Die Verweigerung der Immatrikulation A. Taheri sowie die studentischen Proteste dagegen, die zum brutalen Einsatz staatlich organisierter Kriminalität führten: Diese Entwicklung kann nicht als "unglücklicher Zufall" gewertet werden. Tatsächlich zerstörte der Einzell- und Trängengaseinsatz endgültig den Mythos von der Autonomie der Wissenschaft. Die Polizeikontrolle über die Universität ist nur der mächtigste Ausdruck all jener subtilen gewalttätigen Kontrolle, denen wissenschaftliche Arbeit der Studenten in der bestehenden Ordinariem universität unterworfen wird, während gleichzeitig die Kontrolle der Produzenten über ihre Produkte verweigert wird. Die Veranstaltungsformen der Universität (Vorlesungen, Seminare), die den Studenten passive Rezeption zuweisen, bilden diese zu autoritären Charakteren aus. Die universitären und staatlichen Prüfungen haben längst den Charakter von Leistungsprüfungen verloren und sind zu reinen Instrumenten repressiver Integration und Anpassung geworden.

Prüfungen und Leistungsnachweise in der bestehenden Hochschule können nur als ein spezifisches Instrument der Sozialisation, d.h. Prozesses, der die Individuen funktionsfähig macht für den Produktions- und Reproduktionsprozess der spätkapitalistischen Gesellschaft, gesehen werden. Die in den Prüfungen (wie im übrigen Studienbetrieb) geforderte Triebunterdrückung übt die Individuen in die Anpassung ein, die in ihrer späteren Berufspraxis die gewöhnliche sein wird. Der Leistungsdruck in der bestehenden Ordinariem universität, unter dem die Studenten stehen, bereitet die Strukturen vor für eine technokratische Universität, in der das Studium total reglementiert und diszipliniert ist.

Im letzten Semester haben die Studenten begonnen, den Versuch der staatlichen Bürokratie, die Ordinariem universität völlig den Bedürfnissen der spätkapitalistischen Gesellschaft zu unterwerfen, in dem sie im aktiven Streik sich selbst organisierten in studentischen Arbeitskreisen. Diese politische Praxis der Studenten wurde von Staats- und Universitätsadministration abgewürgt. Der Versuch, die Kritik in den bestehenden Wissenschaftsbetrieb hineinzutragen, wurde mit Relegationsdrohungen verhindert.

Das Ordnungsrecht, d.h. die neuen Notstandsgesetze für die Hochschulen, das integraler Bestandteil der technokratischen Hochschulreform sein wird, wie der Terror von Polizei und Klassenjustiz, kriminalisieren, die politische Opposition gegen diesen Staat und sind das Instrumentarium zur völligen Zerschlagung der Protestbewegung. Deshalb verschleiert die bloße Forderung nach Abzug der Polizei aus der Universität nur die bestehenden Verhältnisse: Wenn - wie Müegg bekundet - Veranstaltungen, um ihren Zwangscharakter vollends deutlich zu machen, unter Polizeischutz stattfinden sollen, kann unsere Antwort nur in folgender Strategie bestehen: wir müssen uns Freiräume im bestehenden Wissenschaftsbetrieb beschaffen, in denen wir studentische Projekte einrichten, deren offizielle Anerkennung durchgesetzt werden muß, in denen es möglich ist, die noch unpolitischen Studenten zu mobilisieren und Analysen durchzuführen, die wir für unsere politisch verändernde Praxis in den gesellschaftlichen Institutionen außerhalb der Universität brauchen.

Die Perspektive der lehrerausbildenden Fächer kann sein, Möglichkeiten einer späteren nicht-affirmativen Berufspraxis

-2-

in der Zusammenarbeit mit Schülern und Lehrern zu entwerfen und einen Organisationszusammenhang herzustellen, indem wir nicht als Vereinzelte Repressionen zu dulden und auszuteilen gezwungen sind.

Wir werden in der Vollversammlung der studentischen Seminare als Möglichkeit diskutieren, Widerstand gegen Ordnungsrecht, technokratische Hochschulreform und Staatsterror zu leisten.

KOMITEE ZUR VOLLVERSAMMLUNG, am Freitag, 2. Mai, 14 Uhr, Hörsaal  
III !

Basisgruppe Germanistik